



## HOCHSCHULE

Die BTU Cottbus freut sich über ihren neuen Superlaser ▶V4

## MEINUNG UND ANALYSE

Potsdamer Forscher über die Bombennacht von Dresden ▶V2



## WISSENSCHAFT

Wie der Kupferschatz in die Lausitz kam ▶V3

# Verschämtes Einwanderungsland

MIGRATION Mit 25 Jahren Verspätung akzeptierte die Bundesrepublik längst vollzogene Tatsachen – und muss jetzt nachlegen

Ein Jahr und seine Agenda: An dieser Stelle gehen wir den großen Veränderungen im neuen Jahrtausend nach. Diesmal: Migrationspolitik. In den vergangenen zehn Jahren wurden lange verdrängte Realitäten akzeptiert – doch jetzt agiert die Politik zu zögerlich.

Von Jan Sternberg

Die Sprache kommt manchmal zu spät, wenn sie Veränderungen zu erfassen versucht. Im Westdeutschland der 1950er Jahre (und bei Oskar Lafontaine sogar noch 50 Jahre später) galt der nationalsozialistische Begriff „Fremdarbeiter“ gerne mal für diejenigen weiter, die bald zu Millionen in Südeuropa angeworben wurden und offiziell lieber als „Gastarbeiter“ bezeichnet werden sollten. Als aus diesen „Gastarbeitern“ Einwanderer wurden, hießen sie „ausländische Mitbürger“, denn ein Mitbürger war alles, nur kein Bürger. Und als nach der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

## AGENDA

# 2010

im Jahr 2000 aus immer mehr „Mitbürgern“ deutsche Bürger wurden, bekamen sie einen „Migrationshintergrund“ aufgedrückt. So sperrig und hässlich dieses Wort ist, so zutreffend ist es auch. Denn als Migranten können diejenigen, die in dritter oder vierter Generation in Deutschland leben, nun wirklich nicht mehr bezeichnet werden. Eingewandert sind sie schließlich nicht.

Vor dem Begriff des Einwanderers aber hat sich Deutschland immer gescheut. Die 25 Jahre lang gegen die gesellschaftliche Realität gerichtete Formel „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ brach im neuen Jahrtausend auf, mit der erwähnten Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2000 und dem Zuwanderungsgesetz von 2004 – beides unter Rot-Grün – wurde die Einwanderungssituation mit einem Vierteljahrhundert Verspätung auch politisch akzeptierte Realität.

Inzwischen aber ist Deutschland semantisch noch einen Schritt weiter: Besonders die Union spricht vom „Integrationsland“. Das umgeht die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, gleich doppelt: Die Konservativen konnten mit dieser „Ersatzvokabel“, so der Migrationsforscher Klaus J. Bade, ein Bekenntnis zum Einwanderungsland umgehen. Zum zweiten ist seit



Blick in einen Integrationskurs – auch eine der Neuerungen, mit denen Deutschland zeigt, dass es Einwanderungsland ist.

FOTO: DPA

der Jahrtausendwende gar nicht mehr so klar, ob die Bundesrepublik überhaupt noch Einwanderungsland ist – denn die Zahlen sind alles andere als eindeutig: „Deutschland liegt heute mit schrumpfender Zuwanderung und hoch liegender Abwanderung in der statistischen Mitte zwischen Ein- und Auswanderungsland“, sagt Bade (siehe auch nebenstehendes Interview).

Ab 2001 sank die Zahl derjenigen, die nach Deutschland kommen, die Abwandererzahlen aber bleiben mehr oder weniger konstant. Ab 2008 blieb die Zuwanderung konstant bei 680.000 Menschen pro Jahr. Doch fast ebenso viele, Ausländer wie Deutsche, verlassen die Bundesrepublik wieder. Deutschland ist kein bevorzugtes Zielland für Ein-

wanderer mehr – auch das muss noch allgemein ins Bewusstsein sickern. 2008 zeichnete das Statistische Bundesamt sogar einen negativen Wanderungssaldo: Die Bundesrepublik verlor in diesem Jahr 56.000 Menschen mehr, als sie hinzugewann. Insbesondere die Abwanderung von Deutschen stieg nach der Jahrtausendwende an – bis auf 175.000 jährlich. Sie werden meist Auswanderer genannt, vielleicht, weil es noch eine Provokation ist, Deutsche als Gastarbeiter zu bezeichnen, was viele in der Schweiz, in Österreich und anderen europäischen Nachbarländern längst sind.

Zu der Zeit, als die Politiker akzeptierten, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, begann die Realität

der Wanderungen also wieder zu kippen – Deutschland ist nun, und nicht zum ersten Mal, Ein- und Auswanderungsland zugleich.

Integrationsland aber muss es erst werden. Nach Mikrozensus-Hochrechnungen haben gut 15 Millionen der 82 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Dass die Integration dieser 15 Millionen die zentrale Aufgabe des kommenden Jahrzehnts ist, ist zum Glück politisch nicht mehr strittig. Im Bund nicht und in den Ländern ohnehin nicht: Schließlich war es eine schwarz-gelbe Regierung, die in Nordrhein-Westfalen das erste Integrationsministerium schuf. Doch wie genau mit den Hypotheken der verspäteten Integrationspolitik umgegangen werden soll, ist noch viel zu unklar, das politische Handeln noch viel zu zögerlich, die Diskussion von al-

ten Frontlinien und neuen Ängsten geprägt. Wenn ein alternder, in einen Verwaltungsposten versetzter Politiker wie Thilo Sarrazin, ohne von Fachkenntnis beleckt zu sein,

mit gebetsmühlenartig wiederholten Thesen über Monate die öffentliche Diskussion prägen kann, ist das kein gutes Zeichen für den Stand der Integrationsdebatte. Dass auf der anderen Seite ein Bezirksbürgermeister wie Heinz Buschkowsky aus Berlin-Neukölln, wie Sarrazin Sozialdemokrat, bundesweite Bekanntheit erreicht durch seinen unideologischen, hemsärmeligen Stil beim Regieren eines Problembezirks, gibt einen Hinweis darauf, wo die Aufgaben im kommenden Jahrzehnt liegen: in den Schulen, den Kindergärten, dem ganzen großen kom-

## INTERVIEW

### „Verspätete Akzeptanz“



Professor Klaus J. Bade (Jg. 1944, Foto: privat) begleitet als Migrationsforscher und Politikberater den deutschen Umgang mit Migration seit mehr als 30 Jahren. Mit ihm sprach Jan Sternberg.

**MAZ:** Herr Bade, was war gut in der Migrations- und Integrationspolitik der vergangenen zehn Jahre? Worauf kann man jetzt aufbauen?

**Klaus J. Bade:** Gut war die endliche Akzeptanz der Einwanderungssituation, wenn auch um ein Vierteljahrhundert verspätet. Gut war auch die Einführung der Integrationskurse und der Maßnahmen zur nachholenden Integrationsförderung, die allerdings vielfach zu spät kommen. Gut war ferner die – ebenfalls sehr verspätete – Erkenntnis, daß die deutsche Anerkennungspraxis gegenüber im Ausland erworbenen Qualifikationen ein Schuss in den eigenen Ofen war. Viele Hunderttausende von qualifizierten Arbeitskräften, die uns heute fehlen und in Zukunft noch mehr fehlen werden, haben dadurch die Chance verpasst, ihren Qualifikationen entsprechend am Arbeitsmarkt tätig zu werden.

**Was wurde versäumt, welche Fehler müssen ausgegült werden?**

**Bade:** Zunächst einmal gibt es die Folgen der genannten Verspätungen, die bewirken, dass viele unnötige Probleme entstanden sind, die in ihren

Folgen heute ohnehin nicht mehr behoben, sondern nur noch begrenzt werden können, was aber viel mehr kostet, als rechtzeitiges Handeln gekostet hätte. Dann gibt es eine ganze Reihe von problematischen Entscheidungen, hinter denen parteipolitische Kompromisse stehen, die der Sache nicht angemessen waren. Das gilt für die Streichung des Punktesystems aus dem Entwurf des Zuwanderungsgesetzes im Sommer 2004 ebenso wie für das Optionsmodell von 1999.

**Wie kann sich die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb um qualifizierte Zuwanderer bemühen, wie gute Leute im Land halten?**  
**Bade:** Indem sie erstens gezielte proaktive Zuwanderungspolitik betreibt, zweitens die Zuwanderungsbestimmungen, die sehr viel offener sind als in der Vergangenheit, verständlicher und übersichtlicher macht und drittens im Inneren attraktiver wird für qualifizierte Zuwanderer, wozu der beste Weg ist, sich genau die Gründe für die Abwanderung von Qualifizierten aus Deutschland anzusehen, die in vieler Hinsicht deckungsgleich sein dürften mit den Gründen, die qualifizierte Ausländer motivieren, nicht nach Deutschland zu kommen.

**Ihre erste Bilanz der schwarzen Migrationspolitik fiel gemischt aus. Hat die Regierung die Bedeutung dieses Politikfeldes verstanden?**

**Bade:** Sie hat das verstanden, aber sie geht noch zu zögerlich vor. Außerdem ist sie im Kern nur bedingt zuständig, denn Integrationspolitik und besonders die hier entscheidende Bildungspolitik sind weniger Bundes- als Ländersache.

## Integration muss das zentrale Politikthema dieses Jahrzehnts sein

munalen Klein-Klein. Die Fragen lauten: Wie kann jede Schule, auch die mit 100 Prozent Migrantenkindern in einem sozialen Brennpunkt, ihren Schülern alle Chancen geben? Wie kann vermieden werden, dass die vierte Generation Einwandererkinder schlechter Deutsch spricht als ihre Eltern und Großeltern? Wie kann vermieden werden, dass aus der Integrationsde-

batte eine Angstdebatte über den Islam wird? Eine aktuelle Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) weist nach, dass die 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ins Leben gerufene Deutsche Islamkonferenz bei der Hälfte der Migrantenbevölkerung unbekannt ist (bei

der Mehrheitsbevölkerung haben zwei Drittel von der Islamkonferenz gehört). Hier zeigt sich ein Verbreitungsproblem, was staatliche Integrationspolitik betrifft, das auch die Migrantenverbände angeht.

Die Politik hat im vergangenen Jahrzehnt vieles richtiger gemacht als in den Jahrzehnten davor. Und in der Gesellschaft findet ein stiller Wandel statt – noch 1998 war es undenkbar, dass deutsche Fußball-Nationalspieler Tasci, Gomez oder Boateng heißen und Parteivorsitzende Özdemir. Doch in den nächsten Jahren muss das alternde Deutschland erstens aktiv qualifizierte Menschen anlocken und zweitens wirklich jedem, der bereits hier lebt, eine Chance geben und jeden in die Pflicht nehmen. Aus reinem Eigennutz. Denn sonst wird dieses Land nicht mehr funktionieren.